

Sächsische Vorzeitung und Elbgaupresse

Verlag: Elbgaupresse-Verlag, Dresden-Blasewitz, - Verantwortlich für Lokales Carl Orschke für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
95. Jahrgang

Mittwoch, den 1. Februar 1933

Nr. 27

Vor die Wahl gestellt:

Tolerierung bis zur Fertigstellung des Haushalts oder Parlaments-Auflösung!

Das Experiment

Reichskanzler Hitler — die beiden Worte, die am Montag in riesigen Schlagzeilen von den Köpfen der Zeitungen und in Hunderten von Exemplaren verbreitet wurden: bedeuten sie ein Kabinett Hitler? In der Tat, das diese Frage verneint werden muß, liegt auch schon die Begrenzung der Macht, die der Reichspräsident Adolf Hitler anvertraut hat. Was am Montag zusammengefaßt und vom Reichspräsidenten verabschiedet wurde, ist kein Kabinett Hitler, sondern ein Kabinett Hitler-Papen-Eugenberg.

Der Reichspräsident ist mit diesem Entschluß von den Grundrissen abgegangen, die er noch während der Novemberverhandlungen festgelegt hatte.

Dieses es damals in dem Schriftwechsel noch, der Reichspräsident beschränkt, daß ein von Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen für eine außerordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volk entwickeln würde, so hat der Zwang der Lage nunmehr jene Befürchtungen des Reichspräsidenten bestätigt und ihn veranlaßt, ein Kabinett Hitler zu akzeptieren, in dem allerdings als 17te Gegenwichte Papen und Eugenberg erscheinen.

Es handelt sich gleichwohl um ein ausgetrochenes Präsidialkabinett, denn es verfügt bislang über keine parlamentarische Mehrheit.

Man hat das Zentrum, das sich der Kombination anschließen möchte, um dem neuen Kabinett eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen, während der Kabinettsverhandlungen überhaupt nicht befragt. Man hat es vor eine vollendete Tatsache gestellt und es ist also nicht verwunderlich, daß man sich in Zentrumskreisen nun auf den Standpunkt stellt, abwarten zu wollen, welche konstruktiven Pläne dem das neue Kabinett entwickeln werde.

Der liegt in der Tat die Schicksalsfrage nicht nur des Kabinetts Hitler-Papen-Eugenberg, sondern auch die Entscheidung über die politische Zukunft Adolfs Hitlers, der gegenwärtig sein wird, in hohem Maße auf die Wünsche und Forderungen der anderen in seinem Kabinett vertretenen Gruppen Rücksicht zu nehmen.

Es ist ein großer Versuch, den der Reichspräsident mit der Schaffung dieses Kabinetts gemacht hat. Aber es ist keine schlüssige Probe auf das Exempel, das mit dem 14. September 1930 begann und dessen Lösung immer wieder herausgeschoben wurde. Das am 30. Januar geschaffene Kabinett ist schwerer belastet, als irgendeines der Kabinette vor ihm, denn

zu allen akuten politischen und wirtschaftlichen Problemen gefehlt sich jetzt noch die Last der präzisesten und weitgehenden Versprechungen, die der nunmehrige Kanzler nicht nur seinen Parteigenossen, sondern dem deutschen Volk feierlich gegeben hat.

Es wird sich zeigen müssen, ob er wirklich das Volk meinte. Aber dann erst erhebt sich die Frage, ob er das, was er wollte, unter den gegenwärtigen Umständen und in der Kombination, in die hineingegangen er sich entschlossen hat, auch wirklich verwirklichen können.

Es wird gearbeitet

Die zweite Kabinetts-sitzung

In der Sitzung des Reichskabinetts am Dienstagmittag wurde beschlossen, dem Reichspräsidenten eine Verordnung über den Reichskommissar für das Land Preußen vorzuschlagen. Danach sollen die nach der Verordnung des Reichspräsidenten, betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Landes Preußen vom 20. Juli vorigen Jahres dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen zustehenden Befugnisse dem Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichskommissar für das Land Preußen Reichskanzler a. D. v. Papen übertragen werden. Ferner sollte das Kabinett seine Aussprache über die politische Lage fortsetzen. Der Reichskanzler erstattete Bericht über

die Verhandlungen mit dem Zentrum. Eine Beantwortung der Fragen des Zentrums ist noch nicht erfolgt.

Einen besonderen Raum in den Beratungen nahm die Aussprache über Maßnahmen zur Steigerung wirtschaftlicher Schäden ein. (Es dürfte sich hier im wesentlichen um landwirtschaftliche Fragen handeln.)

Heute geht's weiter

Das Reichskabinett trat heute mittag zu einer weiteren Sitzung zusammen, in der die politische Aussprache fortgesetzt wird. In dieser Sitzung dürfte wahrscheinlich auch die Frage behandelt werden, wann die Regierungserklärung im Reichstag abgegeben werden soll. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, auch eine Stelle für Arbeitsrecht zu schaffen. Diese Stelle wird sich im wesentlichen mit Tariffragen und ähnlichen auf dem Gebiete des Tarifrechtes liegenden Dingen befassen.

Berzögerte Zentrums-Entscheidung

Garantien erforderlich

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm gestern nachmittag den Bericht ihres Parteiführers Dr. Kaas über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler Hitler entgegen. An den Bericht schloß sich eine ausgedehnte Aussprache. Das Zentrum hat an den Reichskanzler eine Reihe formulierter Fragen gestellt, um die Haltung der Reichsregierung gegenüber bestimmten verfassungsrechtlichen sozialen und wirtschaftlichen Fragen zu klären und somit Garantien zu erhalten, die geeignet wären, die bestehenden Bedenken gegen eine Ermächtigung an die Reichsregierung auszuräumen. Von der von Reichskanzler Hitler zugelegten Beantwortung dieser Fragen will das Zentrum seine Haltung abhängig machen. Demgemäß wurden Beschlüsse in der Fraktions-sitzung noch nicht gefaßt. Bevor die Antwort der Regierung nicht vorliegt, läßt sich der Ausgang der Verhandlungen mit dem Zentrum naturgemäß nicht vorhersehen. Doch bestand am Dienstagabend der Eindruck, daß jedenfalls eine Konfliktstimmung in der Zentrumsfraktion nicht vorherrschend.

Der Wunschzettel des Herrn Kaas

Wie die Z.L. erzählt, dürfte die Reichsregierung die vom Zentrum gestellten Fragen schriftlich beantworten. Nach dem umfangreichen

Fragebogen des Zentrums sind folgende Punkte hervorzuheben:

Zunächst möchte das Zentrum wissen, ob die Erklärung eines Staatsnotstandes beabsichtigt ist; ferner ob in Preußen die verfassungsmäßigen Grundlagen wiederhergestellt werden würden; ob das Siedlungsrecht mit Rücksicht in Angriff genommen werde; ob das Reichsarbeitsministerium abgebaut werden solle. Weiter, ob Maßnahmen gegen sozialpolitische Parteien vorgesehen seien und ob die Unabdingbarkeit der Tarifverträge angetastet werden dürfe.

Hitler wünscht ein Ermächtigungsgesetz

(Von unserem Berliner Berichterstatter.) Der neue Reichsinnenminister Dr. Frick hat angekündigt, daß die Reichsregierung im Reichstag ein Ermächtigungsgesetz, das durch besondere Vollmachten ergänzt werden soll, einbringen werde. Wörtlich sagte Frick:

„Wir brauchen diese Vollmachten, um das große Werk, das wir mit Einsetzung aller Kräfte durchzuführen gewillt sind, nämlich die geistige und nationale Erneuerung unseres Volkes, endlich zur Tat werden zu lassen.“

Run ist ein solches Ermächtigungsgesetz nur mit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages zu erlangen. Die gegenwärtige Regierungskoalition verfügt nicht

über die Mehrheit im Parlament; auch wenn das Zentrum sich dazu verstehen wollte, die gegenwärtige Regierungsbasis zu verbreitern, würde die notwendige Mehrheit für den Erlaß eines Ermächtigungsgesetzes nicht zustande kommen. Daraus schließt man in parlamentarischen Kreisen, daß über kurz oder lang die Auflösung des Reichstages sich nicht vermeiden lassen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß schon in der Zeit vor der Regierungsbildung nationalsozialistische Politiker angefangen haben, Hitler werde, Reichskanzler geworden, alsbald den Reichstag auflösen, um durch Neuwahlen eine Stärkung der Rechten herbeizuführen.

Keine Versuche am untauglichen Objekt

Von maßgebender Stelle wird die am Montagabend vor der ausländischen Presse abgegebene Erklärung auf das bestimmteste wiederholt, daß irgendwelche Experimente wirtschafts- oder gar währungspolitischer Art nicht in Frage kämen und daß sie von keinem Kabinettsmitglied beabsichtigt seien.

Die Unterstreichung dieses Standpunktes der neuen Reichsregierung erfolgt besonders im Zusammenhang damit, daß Montag und Dienstag gewisse deutsche Anleihen an der Börse attackiert worden sind. Es wird die eindeutige Versicherung abgegeben, daß ein sachlicher Grund für solche Börsenanstöße in keiner Weise vorhanden sei. Man hat deshalb auch die Ueberzeugung, daß sie ganz anderen als sachlichen Motiven entspringen. Jedenfalls haben die Besitzer von deutschen Anleihen keine Veranlassung, irgendwie Beunruhigt zu sein. Im gleichen Zusammenhang wird auch gegenüber gewissen Gerüchten betont, daß die Frage eines Wechsels in der Leitung der Reichsbank nicht aktuell ist.

Arbeitsdienstpflicht nicht aktuell!

Von aktueller Bedeutung ist im Zusammenhang mit den Plänen des Reichskabinetts die Umwandlung des freiwilligen Arbeitsdienstes in eine generelle Arbeitsdienstpflicht. Hierzu erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß diese Pläne doch weit größeren Schwierigkeiten gegenüberstehen, als man in der Öffentlichkeit weiß. Die Beschäftigung von 600 000 jungen Leuten durch Arbeitsdienstpflicht würde in einem Jahre rund 600 Millionen Mark Kosten verursachen. Dieses Geld ist vorläufig einfach nicht vorhanden. Es scheint hier wie in so vielen Fällen der Wunsch den Möglichkeiten